



Niederschrift

50. Sitzung Hauptausschuss
9. April 2024, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitz: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 7 der Tagesordnung: Einrichtung eines Runden Tisches Wohnungstausch
Antrag: GRÜNE
Vorlage: 2024/0176

Beschluss:

Verwiesen in den Gemeinderat

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 7 zur Behandlung auf. Der Antrag sei aus dem Gemeinderat vom 19. März 2024 verwiesen worden.

Stadträtin Wolf (GRÜNE) stellt fest, ihre Fraktion sei mit der Antwort der Verwaltung nicht zu frieden. Es sei klar, dass es nur um wenige Wohnungen gehe, es sei aber ein wichtiger Baustein. Man sehe auch, dass es ein hoher Aufwand sei, einen solchen Austausch im Rahmen eines Runden Tisches zu organisieren. Verglichen mit dem Aufwand, neue Wohnungen zu bauen, sei es aber verschwindend gering. Den Antrag wolle ihre Fraktion nochmals im Gemeinderat behandeln.

Stadtrat Pfannkuch (CDU) sieht es anders. Im Aufsichtsrat Volkswohnung bekomme er mit, wie man sich bei dem Thema engagiere. Er habe keine Bedenken, dass man es weiterführe und im Erfahrungsaustausch auf andere übertragen könne.

Stadträtin Melchien (SPD) meint, aus Sicht der SPD erfordere die Situation in der Wohnungswirtschaft die Zusammenarbeit aller Beteiligten. Auch ihre Fraktion teile den Wunsch nach einem Programm Wohnungstausch. Gerade mit den Erkenntnissen, die in Karlsruhe bereits gesammelt wurden, sehe man Potential. Sie glaube, dass man proaktiv handeln und den einen oder anderen Tausch ermöglichen könne. Die Antwort der Verwaltung sehe die Schwierigkeiten eines solchen Programms. Ihre Fraktion wünsche sich, dass noch stärker die Chancen in den Blick genommen werden. Gerade bei der Wohnraumakquise habe man es geschafft, kein Bürokratiemonster zu entwickeln. Von diesen Erfahrungen könne man profitieren.

Stadtrat Hock (FDP) kann sich seinem Kollegen Pfannkuch anschließen. Bei der Volkswohnung werde es seit Jahren so gepflegt, dass direkt angesprochen werde, wenn man aus einer größeren Wohnung in eine freiwerdende kleinere Wohnung umziehen möchte. Gerne könne man es im Gemeinderat nochmals diskutieren. Alles, was dazu beitrage, die Wohnungssituation in Karlsruhe zu verbessern, werde die Unterstützung der FDP erhalten.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.) hält einen Runden Tisch auf Dauer nicht für sinnvoll. Einen Workshop, welcher von der Stadt initiiert werde, halte sie für sinnvoller. Innerhalb der Volkswohnung werde schon einiges unternommen. Da es sich hauptsächlich um ältere Menschen handle, sei die Stadt gefordert, nicht nur mit der Volkswohnung, sondern mit allen Beteiligten, für kleinere, barrierearme Wohnungen zu sorgen. Denn nur dann könne ein Austausch stattfinden. Das müsse dezentral in verschiedenen Quartieren angeboten werden. Sich mit der Stadt und allen Akteuren zusammensetzen halte sie für sinnvoll und notwendig.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD) findet den Antrag gut. Man müsse alles tun, um weiterzukommen. Der Antrag beantrage nicht nur, das Ganze bei der Volkswohnung einzurichten, sondern es gehe auch um andere Wohnungsbaugesellschaften in Karlsruhe. Man habe das Ziel, auch private Gesellschaften in Zukunft zu integrieren. Die Idee, älteren Menschen anzubieten, in kleinere Wohnungen umzuziehen, halte er für gut. Es dürfe jedoch mit keinem Zwang verbunden sein. Es dürfe nur ein Angebot sein. Er glaube, dass es ältere Menschen gebe, die daran Interesse haben. Damit helfe man auch den Familien, die größere Wohnungen benötigen.

Stadtrat Honné (GRÜNE) weist darauf hin, in der Antwort der Verwaltung stehe, bei dem Projekt Freiraum statt Großraum handle es sich ausdrücklich nicht um ein Programm zum Wohnungstausch. Seine Fraktion habe den Wohnungstausch so verstanden, dass Einzelpersonen von einer zu großen Wohnung in eine kleinere Wohnung umziehen. Es sei aber nicht so, dass man dann zwei Familien tauschen wolle. Oder sei gemeint, dass die Wohnung in das Eigentum einer anderen Firma gehen solle? Das wolle man nicht. Man wolle nur von einer größeren in eine kleinere Wohnung umziehen lassen.

Bürgermeister Fluhrer führt aus, im Vergleich zu anderen Kommunen entwickle man in Karlsruhe sehr wenig neue Flächen für Wohnungsbau. Einzige große Ausnahme sei die Volkswohnung. Die Volkswohnung habe ein Programm, welches überprüfe, ob beispielsweise eine ältere Einzelperson in einer großen Wohnung lebe und ob diese nicht in eine kleinere Wohnung umziehen könne. Dieses System werde aktiv gepflegt, die Personen werden beraten. Zusätzlich werde ausgeglichen, wenn die neue kleinere Wohnung gleichteuer sei. Der Mietpreis der alten Wohnung werde auf die neue Wohnung angerechnet. Man unterstütze den Umzug mit einer hohen Summe. Die Bereitschaft umzuziehen sei aber eine große Hürde, weil man beispielsweise die Nachbarschaft neu aufbauen müsse. Ein Umzug am grünen Tisch sei sehr theoretisch, faktisch funktioniere es nicht so einfach. Er gebe zu bedenken, dass auch immer seniorengerechter Wohnraum vorhanden sein müsse. Auch daran mangle es.

Man sei zu Gesprächen bereit, sehe aber nicht die große Lösung dadurch.

Der Vorsitzende bekennt, er kenne das Thema Wohnungstausch seit 30 Jahren aus verschiedenen Städten. Es sei nirgends ein Konzept entwickelt worden, welches erfolgreich

umgesetzt werde. Die Zahlen seien am Ende so gering, dass man es in einer eigenen Gesellschaft machen müsse. Er sei aber sicher, dass nicht nur die Volkswohnung das schon mache, sondern auch die Genossenschaften. Die Idee, dass man von Gesellschaft zu Gesellschaft wechsele und womöglich noch von Gesellschaft zu Genossenschaft, wo man sich erst noch einkaufen müsse, um dann an der Warteliste von Mitgliedern vorbeizuziehen, die schon in der Genossenschaft seien, scheitere daran, dass es die alternativen Wohnungen nicht gebe und dass es für diese Wohnungen bereits andere Interessenten gebe, weil man eigene Genossenschaftsmitglieder habe, die darauf warten.

Gerne könne man sich einmal in einem Runden Tisch zusammensetzen und über Konzepte austauschen. Unter Ziffer 2 des Antrags werde von einer Börse gesprochen. Das funktioniere aber nicht, so schön die Idee auch sei. Man müsse die Leute bei jedem Schritt begleiten, damit sie bereit seien umzuziehen. Den Antrag könne man nochmals im Gemeinderat behandeln. Die Frage von Herrn Stadtrat Honné nach dem Programm, könne er im Moment nicht beantworten. Man werde es aber klären.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, verweist er den Antrag zu erneuten Beratung in den Gemeinderat.

Er schließt die öffentliche Sitzung und bittet, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Schluss der öffentlichen Sitzung: 17:36 Uhr

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
16. April 2024